

Erläuterungen
01) Anpassung der Ansätze gemäß Drucksache 2619/04 "Weitere Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen"
02) Die hier noch pauschal dargestellten Ansatzkürzungen werden im Reindruck des Haushaltsplans bei den jeweils zutreffenden Unterabschnitten vorgenommen.
03) Vgl. Ratsdrucksache 2621/04, mit der die Verwaltung beauftragt wird, die ausfallenden Landeszuschüsse teilweise durch Minderausgaben bei den Personalausgaben zu kompensieren. Darüber hinaus soll die Verwaltung mit den Trägern der Wohlfahrtspflege mit dem Ziel verhandeln, eine Gesamtreduzierung der Zuschüsse um 40.000 Euro ab 2005 zu erzielen.
04) Auswirkungen aus dem Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Vgl. Drucksache 2555/04 zum Ausschuss Soziales und Gesundheit (3.3.2004)
05) Auswirkung aus der Novellierung des Landespflegegesetzes. Vgl. Drucksachen 2516/04 und 2576/04 zum Ausschuss Soziales und Gesundheit (3.3.2004)
06) Im Haushaltsplanentwurf der Verwaltung konnten die aktuelle Entwicklung beim Fuhrpark-Museum noch nicht vollständig berücksichtigt werden. (Vgl. Ratsbeschluss zu Drs. 1998/03)
07) Vgl. Ratsbeschluss vom 15.12.2003 zu Drucksache 2706/03 (Straßenreinigungsgebühren). Die Änderungen werden nur für 2004 berücksichtigt; die Anpassung der Folgejahre erfolgt im Zusammenhang mit der Gebührenbedarfsberechnung 2005.
08) Vgl. Ratsbeschluss vom 15.12.2003 zu Drucksache 2249/03 (Abwassergebühren). Die Änderungen werden nur für 2004 berücksichtigt; die Anpassung der Folgejahre erfolgt im Zusammenhang mit der Gebührenbedarfsberechnung 2005.
09) Vgl. Ratsbeschluss vom 15.12.2003 zu Drucksache 2183/03 (Abfallgebühren). Die Änderungen werden nur für 2004 berücksichtigt; die Anpassung der Folgejahre erfolgt im Zusammenhang mit der Gebührenbedarfsberechnung 2005.
10) Vgl. Drucksache 2534/04 zum Ausschuss Soziales und Gesundheit (3.3.2004). Die Kürzung ab 2005 erfolgt bei der Umsetzung der pauschalen Kürzung gem. Drucksache 2619/04
11) Haushaltsneutrale Umschichtung.
12) Vgl. Ratsdrucksache 2634/04 (Medienentwicklungsplan für die Schulen)
13) Ohne Berücksichtigung des Mehrbedarfs für die Schwimmoper, der an anderer Stelle in dieser Vorlage aufgeführt wird.
14) Die geänderten Ansätze berücksichtigen den Austausch eines Servers im Rechenzentrum, Kostenreduzierungen beim Projekt "Redesign-Netz", die teilweise Umstellung der Finanzierung dieses Projektes auf Miete/Leasing und Kooperationen mit Remscheid und Solingen. Vgl. auch Minderausgaben bei 0610-532.0000.
15) Anpassung an die aktuelle Entwicklung, die mittelfristig zu Verbesserungen führt.
16) Anpassung an die aktuelle Entwicklung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2004/2005 bzw. aktuelle Bescheide hierzu.
17) Von den Mehreinnahmen bei der Sportpauschale sollen bis 2007 jährlich 600.000 Euro für die Sanierung der Schwimmoper eingesetzt werden. Der Restbetrag wird zusätzlich bei der Position "Zuschüsse an Sportvereine für investive Maßnahmen" mit der Maßgabe erhöht, dass hieraus sowohl kommunale als auch Vereinsmaßnahmen finanziert werden können. Über die Mittelverwendung muss noch in Abstimmung mit den Fachgremien eine Priorisierung vorgenommen werden.
18) Vgl. Ratsbeschluss zu Drucksache 2476/04.
19) Vgl. Ratsbeschluss zu Drucksache 2171/03.
20) Im Zusammenhang mit anstehenden Brandschutzmaßnahmen soll die bisher für 2007 eingeplante Erneuerung der Lehrküche vorgezogen werden.
21) Die Verpflichtungsemächtigung 2004 von bisher 1.315.000 Euro ist um 935.000 Euro auf 380.000 Euro zu reduzieren.
22) Anpassung an den vorläufigen Beitragsbescheid für 2004
23) Auswirkung aus dem Weiterbetrieb der Schwimmoper: zusätzliche Personalkosten werden hierfür nicht berücksichtigt.
24) Abrechnung aufgrund der getroffenen öffentlich-rechtlichen Vereinbarung
25) Auswirkung aus Zuschusskürzungen im Haushalt des Landes. Sofern noch kein konkreter Kompensationsvorschlag der Fachbereiche vorgelegt werden kann, ist eine globale Minderausgabe eingeplant worden, die im Haushaltsvollzug erwirtschaftet werden muss.
26) Im Zusammenhang mit dem E-Procurement müssen Ansätze des Deckungsringes Bürobedarf (haushaltsneutral) aktualisiert werden. Die Umsetzung bei den betroffenen Unterabschnitten soll im Reindruck erfolgen.
27) Um die Höhe der Haushaltsreste zu reduzieren, werden die Ansätze 2003 für Hochbaumaßnahmen nicht in vollem Umfang finanziert. Deshalb muss eine Neuveranschlagung erfolgen. Die Aufteilung des Kredites auf die einzelnen Maßnahmen ergibt sich aus der beigefügten Anlage.
28) Auswirkung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit den Nachbarstädten.
29) Die erwarteten Erlöse werden sich teilweise über den Verkauf von Grundstücken des GMW realisieren lassen.